



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/250 - 27.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Koordinierungsstelle für Informationen ?	S. 1
Zum Konflikt um Triest	S. 3
Schubert-hs "Säuberungsaktion"	S. 5
Schlecht belohnte Anständigkeit	S. 5
<u>Anhang:</u> Tagung des Parteivorstandes	

Das Informationsministerium lebt noch

(sp) Der jetzige Bundestagsabgeordnete, nicht mehr der Staatssekretär in der Bundeskanzlei, Dr. Otto Lenz, hat erneut einen Vorstoß unternommen, um seine Idee der zentralen Lenkung des Informationswesens in der Bundesrepublik auf irgendeinem Wege doch noch verwirklichen zu können. Er könnte dem Bundeskanzler in diesen Tagen Vortrag darüber halten, was er "eigentlich" wolle.

Lenz hat darüber kürzlich auch einen Vortrag am Bayerischen Rundfunk gehalten und gesagt, er sei völlig mißverstanden worden. Darauf waren wir vorbereitet. Einer seiner Freunde drückte das in diesen Tagen anders aus: Er habe sich maßlos ungeduldig und töricht benommen. Es kommt auf das gleiche hinaus. Dem Kanzler jedenfalls hat Lenz verdeutlicht, daß er "nur" eine Stelle schaffen wolle, in der alle Institutionen für die Presse und für die Information der Öffentlichkeit koordiniert werden sollen. Er wolle die öffentliche Meinung nicht lenken, sagte er auch im Rundfunk, er wolle nur unterrichten, die Öffentlichkeit sei doch nur sehr wenig informiert gewesen über das, was wirklich von der Bundesregierung getan worden sei - als ob es nicht die "Waage" und ihren Inseratenfeldzug gegeben hätte, außerdem ungezählte Informations- und Nachrichtendienste und Propaganda-Organisationen.

mit unverdächtigen Bezeichnungen. Lenz überließ es natürlich auch, etwas über die Millionen zu sagen, die für solche Zwecke (von wem eigentlich?) aufgewendet wurden. Die Wirtschaft hatte bluten müssen. Das soll ihr künftig nicht mehr zugemutet werden. In Zukunft soll der Steuerzahler die Mittel aufbringen, die für die staatliche Propaganda, für die Unterrichtung der Öffentlichkeit, erforderlich sind. Das steht hinter dem Plan, eine Koordinierungsstelle für Informationen zu schaffen.

Gut verpackt in grundsätzliche Ausführungen, denen man durchaus zustimmen kann, wenn man sie so nimmt, wie sie auf den ersten Blick wirken, versteckten sich in dem Rundfunk-Vortrag die eigentlichen Absichten und Ziele. Es handele sich um "eine Werbung für die Demokratie als Institution" sagte Dr. Lenz. Er forderte einen modernen staatsbürgerlichen Unterricht, Achtung vor den Staatssymbolen, Popularisierung der Demokratie in den breiten Massen usw. Und eingehüllt in diese Forderungen, für deren Erfüllung doch wohl die Bundeszentrale für Heimatdienst geschaffen wurde, meinte er dann: "Haben wir die Politik der Regierung, von der ja nun einmal das Schicksal des Volkes abhängt, in hinreichendem Maße, in verständlicher Form und mit modernen Methoden den Staatsbürger klargemacht?" Die Politik der Regierung ist gemeint, wenn "die Demokratie als Institution" gesagt wird. Das sollte man beachten, und wir sollten in Deutschland endlich begreifen, daß eine gewisse Gruppe von Politikern Worte nicht zur Aussage, sondern zur Verschleierung der eigenen Meinung gebraucht. Wir haben nun einmal ausreichende Erfahrungen, die es angezeigt erscheinen lassen, völlig ablehnend zu sein, wenn Dr. Lenz und seine Freunde "die soziale Frage in richtiger und verständlicher Form an die breiten Schichten der Bevölkerung heranbringen" wollen, was Lenz als eine "heute staatspolitische Aufgabe" bezeichnete. Braucht man dazu wirklich "eine rationelle Zusammenfassung des Nachrichtenwesens" und "ein politisches Informationsprogramm", wie er es am Schluß seines Vortrages forderte? Er verwechselte ständig Propaganda und Information. Und das gerade ist höchst bedenklich, wenn man die Praxis eines Amtes oder Ministeriums oder einer Dienststelle im Auge hat, die er einrichten will.

Ob Amt, ob Stelle, ob Ministerium - jede "Koordinierung" der Informationen, jede organisierte Behandlung von Nachrichten, die über Tatsachen aussagen, ist Lenkung und jede Lenkung der öffentlichen Meinung ist mindestens ein Versuch der Verfälschung der Wahrheit. Das aber ist der sichere Weg zum Ende der Demokratie.

Außenpolitik auf italienischen Straßen

j.k.-Rom

Sprechchöre riefen "Nieder mit Tito", "Tod dem Briganten", "Triest für Italien", "Istria für Italien". Das war im Oktober 1953. Fünfzehn Jahre früher waren die älteren Brüder dieser gut organisierten Rufer durch Roms und Mailands Straßen gezogen. Damals hieß es "Es lebe der Duce", "Wir wollen Tunis, wir wollen Nizza, wir wollen Korsika". Was dann kam, war der Verlust aller Kolonien, Triests, ganz Istriens, etlicher Inseln und mehrerer Städte, darunter jenes Fiume, das der geistige Erfinder des Faschismus, der Dichter Gabriele D'Annunzio nach dem ersten Weltkriege nach Art des Zithon aus dem Busch für Italien eroberte. In diesem Zweikampf war der Verlierer das damals neugebildete Jugoslawien.

Man sollte annehmen dürfen, daß der Preis, den Italien für seine Politik auf der Straße zahlte, so hoch war, daß jedem Italiener die Lust vergangen sein dürfte, das Leidenschafts-Experiment zu wiederholen. Wie die Manifestationen der letzten Wochen zeigen, gilt auch hier der Satz, daß Völker schnell vergessen. Mit den Demonstrationen und Chören war es nicht getan; auch Omnibusbände, Häusertore, Autos wurden verziert: "Schwein Tito am Galgen" war ein oft wiederholter Text zu einer primitiven Zeichnung, darstellend eine klägliche Gestalt, am Galgen baumelnd und neben dieser anmutigen Kunstentfaltung waren freundliche Aufforderungen zum Totschlagen der "Slawen", zum "In-den-Volkskrieg-ziehen und zum Vollbringen ehrlicher Heldentaten zu lesen.

Daß dies alles mit der Frage, wer eigentlich in dem so ernst gewordenen Ringen um Triest recht hat und wer unrecht, nichts zu tun hat, war vermutlich weder den Veranstaltern, noch den Ausführenden klar. In Belgrad und Zagreb aber waren einige Tage zuvor "empörte Volksmassen" ausgezogen, um amerikanische und britische Büros zu zerstören, und so fühlten sich vielleicht patriotische Italiener verpflichtet, auch ihrerseits ein Schauspiel zu bieten. Daß sie damit der eigenen Sache mehr schaden als nutzen können, spielt dabei keine Rolle, und wenn die jungen Patrioten - die älteren hielten sich im Hintergrund - vernehmlich "Krieg, Krieg" schriehen, so dachten sie wohl mehr

an D'Annunzios Handstreich als an einen modernen Schießkrieg.

Immerhin gibt es zwischen Italien und Jugoslawien einen kleinen verwaltungstechnischen Unterschied: Jenseits der Adria hat man es mit einer kommunistischen Diktatur zu tun, diesseits aber mit einer Demokratie. Damals, 1938 und 39, als Mussolini die Außenpolitik auf die Straße brachte, hatte auch Italien seine Diktatur, und Diktatoren ist jedes Mittel recht. Darum ist es ganz begreiflich, daß eine Reihe italienischer Demokraten weit davon entfernt ist, diese Demonstrationen und Ausbrüche eines wilden Nationalismus - mit allen barbarischen Nebenerscheinungen - zu billigen; dennoch können sie angesichts der Stimmung, in die das Volk hineinmanövriert wurde, keinesfalls dagegen Stellung nehmen. Sie wären vaterlandslose Gesellen

Denn "Triest" ist ein Instrument, auf dem jeder italienische Ministerpräsident und Außenminister spielen kann, ja spielen muß. Es ist vielleicht das einzige "einsaitige" Instrument, das er zur Verfügung hat, denn gegen Jugoslawien sind die Parteien von rechts bis links: Die Faschisten aus Patriotismus, die Kommunisten aus Haß gegen Tito, den abgefallenen Engel, die Klerikalen wegen des jugoslawischen Kirchenkampfes. Hier ist die Nation, wenn auch aus verschiedenartigen Motiven, einig. Die Stimme der Vernunft kann sich in diesem gewaltigen Chor nicht durchsetzen, und doch wird das gefährlich schwelende Feuer im europäischen Südosten nur durch Vernunft gelöscht werden können. Vorläufig ist man freilich von Vernunft noch weit entfernt, denn wie Tito erregt feststellt, Italien dürfe Triest nicht haben, da es den Krieg verlor, so antworten in Rom die Manifestanten auf die Frage, warum sie so wild auf Stadt und Hinterland sind, mit ehrlicher Überzeugung: "Weil sie italienisch sind!" Gegen Politik der Leidenschaften aber ist kein Kraut gewachsen, und es scheint wirklich, daß das Einzige, das die Ärzte in Washington und London tun können, ist, zu warten bis das Fieber nachläßt. Daß sie selbst es hervorriefen, ist für den Heilprozeß eher hinderlich als fördernd.

+ + +

Schubert-hs Unvollendete ...

K.H. Ein Nachrichtenmagazin wußte kürzlich seinen Lesern mitzuteilen, warum Bundeskanzler Dr. Adenauer dem Postminister seines ersten Kabinetts den Abschiedsmarsch geblasen hat. Erstens wünschte er einen evangelischen Briefträger-Boß, von wegen des religiösen Proporz, und zweitens wurde Dr. Schubert der Vorwurf gemacht, "er habe in seinem Ministerium zu viele sozialdemokratische Beamte in leitender Stellung geduldet".

Ob dieser Kritik war Dr. Schubert besonders entrüstet. Er wies daraufhin, daß er bei der letzten "Einkehrtagung der CDU im Kloster Ettal" ausführlich darüber berichtet habe, wie er es fertiggebracht hatte, "sozialdemokratische Beamte" aus seinem Ministerium zu entfernen.

Bisher waren wir der Meinung, daß Einkehrtage etwas mit religiöser Besinnung und Sammlung zu tun hätten. Daß man sich dabei aber darüber unterhält, wie andersdenkende Familienväter brotlos gemacht werden, bedeutet eine neue Variante der kirchlichen Gebräuche. - Es ist dies allerdings eine Weltzugewandtheit, die kaum als Fortschritt zu bezeichnen ist.

Jedenfalls war dem Parteichef und obersten Linienrichter der CDU die schubert'sche Säuberung zu milde und deshalb wurde er am Parteialtar den Göttern der Rache geopfert.

Die Aufgabe seines noch nicht nominierten Nachfolgers wird es sein, Schubert's unvollendete - Säuberung zu vollenden.

+ + +

Schlecht belohnte Anständigkeit

-er Seit Jahr und Tag verbreitet der unhanseatische Hamburger "Hanseat", Sprechrohr des Hamburger Bürgerblocks, Verleumdungen über den Hamburger Senat. Seine Auftraggeber verfügen über anscheinend unerschöpfliche Finanzquellen; die Auflage allein beträgt über 650000. In Form und Inhalt erinnert dieses Traktätchen an die übelsten Hetzblätter aus der Nazizeit - maßlos im Haß, gewissenlos in der Aufpeitschung der niedrigsten Instinkte und mit der Wahrheit auf ständigem Kriegsfuß stehend.

Es gibt viele, nicht der SPD nahestehende Hamburger Bürger, die sich dieses Blattes schämen und in seinem Erscheinen eine Herausforderung der Hamburger Tradition erblicken. Es gibt auch Kandidaten des Bürgerblocks, die sich öffentlich von der Schreibweise des "Hanseat" distanzieren. Das spricht für anständige Gesinnung und Fairneß. Leider scheint die Führung des Bürgerblocks dafür kein Verständnis zu haben, denn jene, den "Hanseat" verurteilende Kandidaten wurden in den Wahlkreisen und auf der Landesliste so placiert, daß sie nicht wieder in die Bürgerschaft einzichen können.

Anständigkeit, Charakterstärke und Mannesmut sind für den Hamburger Bürgerblock ungefragte Tugenden ...

Verantwortlich: Peter Raunau

27. Oktober 1953

Tagung des Parteivorstandes

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befaßte sich in seiner Sitzung am 26. Oktober in Bonn zunächst mit der Situation in Berlin nach der Wahl Dr. Schreibers zum Regierenden Bürgermeister. An Berichte des Landesvorsitzenden, Franz Neumann, und Dr. Otto Suhrs schloß sich eine eingehende Diskussion über die Möglichkeiten der Regierungsbildung in Berlin und die sozialdemokratische Haltung in dieser Frage an. Es wurde darauf hingewiesen, daß Dr. Schreibers Auftrag auf den Versuch begrenzt ist, eine Große Koalition zu schaffen. Man stimmte darin überein, daß eine sozialdemokratische Beteiligung an der kommenden Regierung in Berlin nur möglich sein werde, wenn die sachlichen und personellen Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß grundsätzlich die Senatspolitik, wie sie in der selbsterzeitigen Regierungserklärung festgelegt und unter der Führung von Ernst Reuter verwirklicht wurde, fortgeführt wird.

Der Vorsitzende, Erich Ollenhauer, entwickelte die Grundzüge der sozialdemokratischen Stellungnahme zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, wie er sie am Mittwoch abgeben wird. Der Entwurf dieser Rede wurde einstimmig gebilligt, nachdem eine Reihe von Anregungen und Ergänzungswünschen in der Diskussion vorgebracht worden waren.

Einen breiten Raum nahm dann die Erörterung des 10-Punkte-Arbeitsprogrammes ein, das am 17. September auf einer gemeinsamen Sitzung der früheren Körperschaften der Partei beschlossen worden war. Dabei standen presseorganisatorische Fragen im Vordergrund.

Der stellvertretende Vorsitzende, Wilhelm Kollies, berichtete über den Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten in Zürich, Fritz Heine über die Berliner Tagung der Internationalen Sozialistischen Pressekonferenz.

Auf dem Parteitag der belgischen Sozialisten am 7. und 8. November in Brüssel werden die Vorstandsmitglieder Willi Eichler und Herbert Wöhner die SPD vertreten.

Die nächste Vorstandssitzung wurde auf den 13. und 14. November festgesetzt.

+ + +